

Antrag 144/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Yas Tutuyoruz, Em Xemgîn – Konsequenzen aus den rassistischen Morden von Hanau ziehen!**

1 Die Morde von Hanau lassen uns auch mehrere Wochen
 2 nach dem Tattag schockiert zurück. Wir trauern und neh-
 3 men Anteil an dem Schicksal der betroffenen Familien und
 4 Communitys. Politisch sind wir es den Opfern schuldig,
 5 alles dafür zu tun, weitere rechtsterroristische Gewaltak-
 6 te zu verhindern. Es kann nicht sein, dass der deutsche
 7 Staat immer und immer wieder darin versagt, Bürger*in-
 8 nen vor rassistischen Angriffen zu schützen. Aus dem Ver-
 9 sagen der staatlichen Sicherheits- und Ordnungsbehör-
 10 den müssen Konsequenzen folgen. Es ist für uns weder
 11 nachvollziehbar, dass ein behördenbekannter Anhänger
 12 eines zutiefst rassistischen und verschwörungsideologi-
 13 schen Weltbildes legal im Besitz von Schusswaffen sein
 14 darf und zudem relativ kurz vor der Tat einer ergebnis-
 15 losen Routineüberprüfung unterzogen wird, noch ist es
 16 entschuldbar, dass auch 10 Jahre nach dem NSU die Ge-
 17 fahr durch rechten Terror von den Behörden weiterhin un-
 18 terschätzt wird und nicht genug Ressourcen in seine Be-
 19 kämpfung fließen.

20
 21 Zusätzlich zur rassistisch motivierten rechten Waffenge-
 22 walt stellt aber auch die Stigmatisierung der Politik, Me-
 23 dienberichterstattung und Polizei eine Gefahr für Mi-
 24 grant*innen in Deutschland. Schisha-Bars dienen für mi-
 25 grantisch bzw. muslimisch gelesene Menschen auch des-
 26 halb oft als Aufenthaltsort, weil ihnen an anderen Orten
 27 der Zutritt verweigert wird. Gleichzeitig haben Medien
 28 und politische Verantwortliche in der Vergangenheit mit
 29 ihrer Berichterstattung bzw. mit öffentlichen Aussagen
 30 dazu beigetragen, Shisha-Bars als kriminalitätsbelastete
 31 Orte zu stigmatisieren. Diese Stigmatisierung setzt sich
 32 in den oftmals mindestens fragwürdigen polizei- und ord-
 33 nungsrechtlichen Maßnahmen gegen die Betreiber*innen
 34 fort. Dahinter verbirgt sich oftmals ein Generalverdacht,
 35 der sich gegen Menschen mit Migrationsgeschichte oder
 36 Migrant*innen richtet. Dahinter verbirgt sich im Kern Ras-
 37 sismus und diesem stellen wir uns entschieden entgegen.

38

39 Wir fordern deshalb

- 40 • eine Verschärfung des Waffenrechts in der Gestalt,
- 41 dass Schusswaffen, die für das Töten oder Verletzen
- 42 von Menschen hergestellt werden, nicht länger legal
- 43 als Sportwaffen besessen, benutzt oder vertrieben
- 44 werden dürfen,
- 45 • die Verpflichtung sämtlicher Bundes- und Landes-
- 46 behörden dazu, relevante Erkenntnisse über Sport-
- 47 schütz*innen unverzüglich an die für die Ausstel-

- 48 lung der Waffenbesitzkarte zuständigen Behörden
49 zu melden,
- 50 • eine verstärkte Sensibilisierung von Behördenmitar-
51 beiter*innen im Umgang mit Bürger*innen, welche
52 Verschwörungsideologien und Anzeichen eines ras-
53 sistischen Weltbildes äußern,
 - 54 • die Kontrollmaßnahmen gegenüber Inhaber*innen
55 einer Waffenbesitzkarte kritisch zu evaluieren und
56 zu intensivieren,
 - 57 • bei den Staatsanwaltschaften Abteilungen für die
58 Verfolgung von rechtsterroristisch bzw. rechts mo-
59 tivierten Straftaten einzurichten und sie finanziell
60 und personell mit adäquaten Mitteln auszustatten,
 - 61 • bei der Polizei und bei Ordnungsbehörden verpflich-
62 tende Schulungen zu interkultureller Kompetenz
63 anzubieten,
 - 64 • die polizei- und ordnungsbehördliche Praxis gegen-
65 über Sisha-Bars kritisch auf ihre Verhältnismäßig-
66 keit zu überprüfen.
 - 67 • eine Evaluation der psychischen Gesundheit als ver-
68 pflichtendes Kriterium der turnusmäßigen Kontrol-
69 le von Waffenbesitzkarten hinzuzufügen